

# **Niederschrift**

über die öffentliche

## **Sitzung des Gemeinderats**

am 21.02.2017

**Beginn: 18:30 Uhr**

**Ende: 20:35 Uhr**

---

### **Beurkundung**

Bürgermeister

---

Gemeinderäte

---

---

---

---

Schriftführer

---

## Niederschrift über die Verhandlungen Sitzung des Gemeinderats in öffentlicher Sitzung am 21.02.2017

Vorsitzender: Bürgermeister Jörg Hetzinger  
Schriftführer: Achim Grockenberger/ri

---

### Anwesenheitsliste

#### Anwesend

##### Vorsitzender

Bürgermeister Jörg Hetzinger

##### FW

GRin Monika Bruckmann  
GR Jörg Heckenlaible  
GRin Ursula Jud  
GR Harald Mehl  
GR Rolf Wiedmaier  
GR Helmut Ziegler

##### CDU

GRin Patricia Bäuchle  
GRin Christa Härer  
GR Jörg Heinrich  
GR Detlef Holzwarth

##### SPD

GRin Siegrun Burkhardt  
GR Joachim Habik  
GR Oliver Krötz  
GRin Anke Schön

##### GRÜNE

GRin Sandra Bührlé  
GR Burkhard Nagel

##### Verwaltung

Amtsleiter Hauptamt Jürgen Schunter  
Amtsleiter Finanzverwaltung Markus Schwarz  
Amtsleiter Bauamt Markus Baumeister  
Stellv. Amtsleiter Finanzverwaltung Kai-Uwe Schick

##### Schriftführer

Achim Grockenberger

#### Abwesend

##### FW

GR Dr. Konrad Scherer

##### CDU

GR Joachim Bertsche

## **Niederschrift über die Verhandlungen Sitzung des Gemeinderats in öffentlicher Sitzung am 21.02.2017**

Vorsitzender: Bürgermeister Jörg Hetzinger  
Schriftführer: Achim Grockenberger/ri

---

### **Tagesordnung**

- |     |                                                                                                                     |          |
|-----|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| 1   | BONUS-Markt – Sachstandsbericht<br>Gespräch mit dem Geschäftsführer der BONUS gGmbH                                 | 002/2017 |
| 2   | Neufassung der Satzung über die Benutzung von Obdachlosen- und<br>Flüchtlingsunterkünften                           | 014/2017 |
| 3   | Wittumschule - Neuordnung der Parkierung                                                                            | 015/2017 |
| 4   | Angelegenheiten des Gemeindeverwaltungsverbandes Plüderhausen -<br>Urbach - Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2017 | 016/2017 |
| 5   | Verschiedenes                                                                                                       |          |
| 5.1 | Abbruch "Hirsch"-Areal an der Hauptstraße                                                                           |          |
| 5.2 | Hinweis auf richtiges Verhalten von Hundebesitzern                                                                  |          |

## **Niederschrift über die Verhandlungen Sitzung des Gemeinderats in öffentlicher Sitzung am 21.02.2017**

Vorsitzender: Bürgermeister Jörg Hetzinger  
Schriftführer: Achim Grockenberger/ri

---

### **Tagesordnungspunkt 1 BONUS-Markt – Sachstandsbericht Gespräch mit dem Geschäftsführer der BONUS gGmbH - Kenntnisnahme**

Dem Gemeinderat liegt die Sitzungsvorlage Nr. 002/2017 vor.  
Sie ist Bestandteil dieser Niederschrift.

BM Hetzinger begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Manfred Kaul von der Bonus gGmbH sowie zwei weitere Mitarbeiter des Unternehmens. Er bittet Herrn Kaul um eine Einschätzung, ob, und wenn ja wie, es mit dem BONUS Markt in Urbach weitergehen könne.

Herr Kaul bedankt sich zunächst für die Einladung, dass er hier vor dem Gemeinderat seine Einschätzung der Sachlage darstellen dürfe.

Zunächst aber wolle er sich an dieser Stelle nochmals für die jahrelange Unterstützung durch die Gemeinde bedanken. Ohne die Subventionen, die die Gemeinde in den letzten Jahren geleistet habe, wäre der Laden bereits zu. Dies müsse er gleich zu Beginn seiner Ausführungen feststellen.

Das Defizit, dass der Laden in der Beckengasse seit Jahren produziere, sei erheblich höher, als die Zuschüsse, die die Gemeinde für den Betrieb des Einkaufsladens geleistet habe. Die Zahlen lägen der Verwaltung vor. Er möchte sie aber hier öffentlich nicht präsentieren.

Leider habe die Presse in den letzten Wochen auch negativ über den Laden berichtet, was die Situation eher noch verschärft habe. Er kritisiert in diesem Zusammenhang, dass die Unternehmensführung von der Zeitung nicht zu der Thematik befragt worden sei bevor der Artikel veröffentlicht wurde.

Ein weiterer Punkt für den wirtschaftlichen Niedergang des Urbacher Markts seien die sinkenden Zuschüsse, die die Bonus gGmbH vom Jobcenter dafür erhält, dass sie Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt zurückführen soll. Diese Zuschüsse seien von 55.000 € auf 20.000 € reduziert worden. Dies liege auch daran, dass es insgesamt weniger Langzeitarbeitslose gebe und deswegen auch weniger Zuschüsse die Beschäftigungsprogramme fließen.

Bezüglich der Ankurbelung des Umsatzes habe die Geschäftsleitung in den letzten Monaten und Jahren alles versucht. Aber alle Bemühungen, die Umsätze durch einen besseren Kundenbesuch zu steigern, seien nach kurzer Zeit wieder verpufft.

Aus betriebswirtschaftlichen Gründen bliebe der Geschäftsleitung deshalb keine Wahl, als den Mietvertrag fristgerecht im März diesen Jahres zu kündigen. Der BONUS-Markt werde dennoch für ein weiteres Jahr weitergeführt. Es sei denn, es finde sich vorher schon ein Nachfolgebäucher.

Was schon in der Vergangenheit sehr gut angenommen wurde, sei die Postfiliale. Diese sei jedoch sehr personalintensiv. Ein weiteres Waresegment, das sehr gut gelaufen sei, waren Tabakwaren und Zeitschriften. Bei einem Anteil von 22% am Gesam-

## **Niederschrift über die Verhandlungen Sitzung des Gemeinderats in öffentlicher Sitzung am 21.02.2017**

Vorsitzender: Bürgermeister Jörg Hetzinger  
Schriftführer: Achim Grockenberger/ri

---

tumsatz sei der Verkauf von Zigaretten im Urbacher BONUS-Markt am höchsten, verglichen mit den anderen Märkten in der Gegend. Kaul schließt daraus, dass man am Standort in der Beckengasse möglicherweise einen Pächter finden könnte, der Tabakwaren und Zeitschriften verkauft und gleichzeitig die Postfiliale fortführt. Dieses Warenportfolio passe jedoch nicht in das sonstige Geschäftsbild der Bonus gGmbH.

In der folgenden Aussprache meint GRin Jud, mit der Aussage von Herrn Kaul habe sie bereits gerechnet. Trotzdem wolle sie von ihm wissen, ob es BONUS-Märkte im Großraum Stuttgart gebe, die von der Struktur her ähnlich seien, als der in Urbach und ob diese Märkte dann am Markt funktionieren würden.

Herr Kaul antwortet darauf, der Urbacher Markt sei der mit Abstand kleinste. Alle anderen Märkte in einer vergleichbaren Größe hätte man bereits vorher schließen müssen. Er wiederholt noch einmal, dass der Laden nur deshalb so lange habe gehalten werden können, weil die Gemeinde bereit gewesen sei, entsprechende finanzielle Unterstützung zu leisten. Gemäß der Systematik bei der Förderung wirke sich die Kürzung staatlicher Subventionen für die Arbeitslosen in kleinen Märkten wesentlich mehr aus, als dies bei den größeren der Fall sei.

GRin Jud stellt daraufhin die Frage, ob er sich vorstellen könne, den Markt weiter zu betreiben, wenn man mit der Gemeinde über einen möglichen Zuschuss verhandeln könne, der unter Umständen höher ausfalle, als der bisherige.

Herr Kaul erwidert darauf, in München zahle die Stadt in einem ähnlich gelagerten Fall einen Zuschuss von 77.000 € pro Jahr. In Urbach betrage das Defizit etwas mehr als die Hälfte dieses Betrags. Er glaube jedoch nicht, dass die Gemeinde zu dem, was sie ohnehin schon an Subventionen geleistet habe, bereit wäre, das Defizit des Marktbetreibers dauerhaft zu übernehmen. Außerdem, so glaubt Herr Kaul, könne man dadurch die Situation des Marktes insgesamt auch nicht verbessern. Dafür sei einfach der Zulauf zu schlecht.

GRin Bührlé erinnert sich daran, dass im Winter 2015 die Situation des Marktes „super“ gewesen sei. Man habe regelrecht gespürt, dass nun ein Ruck durch den Markt gehe. Alles sei gut strukturiert gewesen, die Ware frisch und gut präsentiert. Ihrer Ansicht nach habe es an dem damaligen Marktleiter gelegen, der dies vollbracht habe. Kurze Zeit später sei dieser Marktleiter nicht mehr da gewesen, und es ging wieder bergab.

Entgegen der Aussagen von Herrn Kaul, dass gerade mit frischen Waren, die aufgrund mangelnder Kundenfrequenz verderben, Defizite entstanden seien, habe sie in den letzten Wochen feststellen müssen, dass im Gegenteil, noch mehr Frischwaren in den Regalen zu finden waren. Dies passe für sie nicht zusammen.

Herr Kaul erklärt daraufhin, die seien genau die Phasen gewesen, in denen die Geschäftsleitung durch ein attraktives Warenangebot versucht habe, mehr Kundschaft in den Laden zu locken. Nachdem jedoch diese Anstrengungen nicht gefruchtet hätten, sei man beim Angebot wieder auf das normale Maß zurückgefahren. Bezüglich des angesprochenen Marktleiters stellt Herr Kaul fest, dass dieser nicht gekündigt worden sei, sondern in einen anderen Laden versetzt.

## **Niederschrift über die Verhandlungen Sitzung des Gemeinderats in öffentlicher Sitzung am 21.02.2017**

Vorsitzender: Bürgermeister Jörg Hetzinger  
Schriftführer: Achim Grockenberger/ri

---

GR Holzwarth bedauert die geschilderte Entwicklung außerordentlich. Er habe in den vergangenen Wochen sehr viele Anrufe von älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern bekommen, die sich große Sorgen machten, wo sie künftig ihre Einkäufe erledigen können. Er glaubt, dass ein wesentlicher Punkt des Misserfolgs vom Urbacher BONUS-Markt das unqualifizierte Personal sei.

Herr Kaul gibt daraufhin zur Antwort, dass aufgrund der bereits geschilderten finanziellen Situation, es nicht möglich sei, den BONUS-Markt in Urbach mit mehr qualifiziertem Personal auszustatten. Dadurch würden sich die Verluste wegen der höheren Personalkosten noch weiter erhöhen.

GR Krötz möchte wissen, wie sich Verwaltung und Herr Kaul die weitere zeitliche Schiene vorstellten.

Herr Kaul stellt fest, dass sich die Bonus gGmbH an die geltenden Verträge halten werde. Demnach werde man fristgerecht in diesem Frühjahr den Mietvertrag kündigen und den Laden nach Ablauf einer Frist von einem Jahr schließen.

GR Krötz bietet daraufhin die Verwaltung, auszuloten, inwiefern beispielsweise REWE oder Lidl bereit wären, einen Bringservice für ältere Menschen einzurichten.

Herr Kaul meint dazu, mit einem reinen online Bestellservice bzw. Bringservice sei es nicht getan. Schließlich hätten solche Läden auch eine soziale Komponente, da sie für viele ältere Menschen ein wichtiger Ort der Kommunikation seien. Dabei gehe es nicht nur um das Einkaufen an sich, sondern auch um soziale Kontakte und persönliche Ansprache.

BM Hetzinger pflichtet dem bei und weist darauf hin, dass er bei Altengeburtstagsbesuchen häufig zu hören bekomme, dass Menschen, die körperlich noch dazu in der Lage seien, sogar bis zu den Einkaufsläden in der Urbacher Mitte hinuntergingen, da dort mehr los sei.

Um die Mobilität älterer Menschen in Urbach zu verbessern, halte er auch die Einführung eines sogenannten Bürgerbuskonzeptes in unserer Gemeinde für überlegenswert. Er wolle sich in dieser Richtung einmal Gedanken machen und die entsprechenden Informationen einholen.

Außerdem könne er sich auch gut vorstellen, dass der Laden unter Umständen „inhabergeführt“ weiterbetrieben werden könnte, wenn sich ein geeigneter Pächter dafür finde.

Eine weitere Idee wäre, mit vorhandenen Ladenbetreibern, etwa mit REWE oder Bäckerei Schulze zu reden, ob diese nicht Interesse hätten, eine Art Filiale dort einzurichten.

Von Herrn Kaul möchte BM Hetzinger wissen, wie es mit der Postfiliale weitergehen würde für den Fall, dass der BONUS-Markt schließe.

**Niederschrift über die Verhandlungen Sitzung des Gemeinderats  
in öffentlicher Sitzung am 21.02.2017**

Vorsitzender: Bürgermeister Jörg Hetzinger  
Schriftführer: Achim Grockenberger/ri

---

Herr Kaul antwortet darauf, wenn der BONUS-Markt schließe, ende auch der Vertrag mit der Deutschen Post.

GRin Jud mahnt, man habe zwar noch ein ganzes Jahr Zeit, um sich eine geeignete Lösung zu überlegen, aber es bestehe auf jeden Fall dringender Handlungsbedarf. Sie regt in diesem Zusammenhang an, auch der Urbacher Gewerbeverein in die Überlegungen mit einzubeziehen.

BM Hetzinger wird dies sehr gerne tun, wie er verspricht. Er würde sich freuen, wenn auch Herr Kaul der Gemeinde hier beratend zur Seite stehen würde und bedankt sich für sein Kommen und seine offenen Worte.

## **Niederschrift über die Verhandlungen Sitzung des Gemeinderats in öffentlicher Sitzung am 21.02.2017**

Vorsitzender: Bürgermeister Jörg Hetzinger  
Schriftführer: Achim Grockenberger/ri

---

### **Tagesordnungspunkt 2 Neufassung der Satzung über die Benutzung von Obdachlosen- und Flücht- lingsunterkünften - Entscheidung**

Dem Gemeinderat liegt die Sitzungsvorlage Nr. 014/2017 vor.  
Sie ist Bestandteil dieser Niederschrift.

BM Hetzinger und Herr Schick fassen den wesentlichen Inhalt der Sitzungsvorlage in  
ihren Sachvorträgen zusammen.

In der folgenden Aussprache möchte GR Habik wissen, ob es Vergleichszahlen von  
anderen Gemeinden gebe. Außerdem interessiere ihn, ob Flüchtlinge, die bereits eine  
Arbeit gefunden hätten, in der Lage seien, diese Gebühren zu bezahlen. Er bezieht  
diese Frage in erster Linie auf Familien und geht dabei davon aus, dass auch Kinder  
als Einzelperson zählen. Dadurch würden sich gerade bei kinderreichen Familien  
enorme Wohnkosten ergeben.

GR Nagel stellt fest, Flüchtlinge zählten nicht zum „normalen Personenkreis“. Es stün-  
de deshalb der Gemeinde gut zu Gesicht, wenn Sie hier eine soziale Komponente in  
die Satzung einfließen lassen würde. So könne er sich beispielsweise vorstellen, bei  
den von der Gemeinde angemieteten Gebäuden den monatlichen Gebührensatz von  
240 € pro Person auf 220 € zu senken. Wie sein Vorredner bereits gesagt habe, sei es  
wichtig, dass Flüchtlinge, die bereits ein eigenes Einkommen hätten, die Gebühren  
auch bezahlen könnten. Hier dürfe die Gemeinde seiner Ansicht nach nicht „finanz-  
zentriert“ denken.

Herr Schick antwortet auf die Frage von GR Habik, dass die Gebühren in der Gemein-  
de Plüderhausen zwischen 152 und 224 € pro Person liegen. Auch in den Gemeinden  
Berglen und Winterbach lägen die Gebührensätze in etwa in dieser Größenordnung.  
Von dort wisse man auch, dass das Jobcenter in der Regel diese personenbezogenen  
Gebühren auch dann akzeptiert, wenn die Unterkunftskosten einer Familie dadurch die  
ansonsten festgesetzten Mietobergrenzen des Jobcenters übersteigen.

BM Hetzinger hält es angesichts der finanziellen Lage der Gemeinde nicht für ange-  
bracht, auf tatsächlich anfallende Kosten zu verzichten. Er weist darauf hin, dass die  
Verbrauchskosten jährlich neu kalkuliert werden müssten. Wenn nach Ablauf eines  
Jahres herauskäme, dass die Verbrauchskosten zu hoch kalkuliert waren, dann könne  
man diese auch wieder zu reduzieren.

Bezüglich der Bedenken wegen möglicherweise zu hoher Wohnungskosten für Selbst-  
zahler weist BM Hetzinger darauf hin, dass man im Einzelfall auch Härtefallregelungen  
treffen könne. Man könne es sich jedoch nicht leisten, auf die Transferleistungen zu  
verzichten, die die Gemeinde in den Fällen erhalte, wo Einzelpersonen und Familien  
nicht berufstätig seien.

Dieser Meinung ist auch GRin Bäuchle, die als unmittelbare Anwohnerin einer Unter-  
kunft schon des Öfteren mitbekommen hat, dass die Räumlichkeiten immer gut geheizt



## **Niederschrift über die Verhandlungen Sitzung des Gemeinderats in öffentlicher Sitzung am 21.02.2017**

Vorsitzender: Bürgermeister Jörg Hetzinger  
Schriftführer: Achim Grockenberger/ri

---

seien. Insofern sei es durchaus richtig, die Verbrauchskosten eins zu eins an die Nutzer weiterzugeben.

GR Holzwarth meint in diesem Zusammenhang, man müsse es den Bewohnern der Sammelunterkünfte klarmachen, dass sie letztlich selbst dafür sorgen können, ihre Wohnkosten auf einem niedrigen Niveau zu halten, indem sie sich bei den Energieverbräuchen zurückhielten.

GRin Jud weist darauf hin, dass der Landkreis noch wesentlich höhere Gebühren verlange. Dabei hätten die Bewohner in den Unterkünften des Kreises meist einen wesentlich geringeren Wohnraum als in der Anschlussunterbringung.

GR Nagel hingegen beharrt auf seinem Standpunkt. Seiner Meinung nach sei dies ein Punkt, bei dem die Gemeinde Urbach Verantwortung übernehmen und ein Zeichen setzen könnte.

### **Beschluss:**

- die als Anlagen 1.1 und 1.2 zu dieser Sitzungsvorlage beigefügten Kalkulationen der Gebühren für die Benutzung der Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünfte und damit die Gebührevorschläge;
- die Satzung über die Benutzung von Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünften im Wortlaut der Anlage 2 zu dieser Sitzungsvorlage.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

bei 1 Enthaltung (GR Nagel)

## **Niederschrift über die Verhandlungen Sitzung des Gemeinderats in öffentlicher Sitzung am 21.02.2017**

Vorsitzender: Bürgermeister Jörg Hetzinger  
Schriftführer: Achim Grockenberger/ri

---

### **Tagesordnungspunkt 3 Wittumschule - Neuordnung der Parkierung - Entscheidung**

Dem Gemeinderat liegt die Sitzungsvorlage Nr. 015/2017 vor.  
Sie ist Bestandteil dieser Niederschrift.

BM Hetzinger weist darauf hin, dass diese Thematik bereits mehrfach mit dem Gremium und auch der Wittumschule diskutiert worden sei. Die in den Diskussionen gewonnenen Erkenntnisse seien in die vorliegende Planung mit eingeflossen.

GRin Bäuchle meint in der folgenden Aussprache, ein sicherer Schulweg sei das Wichtigste. An dem müsste sich die Parkierung der Eltern und Lehrer orientieren. Gut finde sind deshalb, dass bei der vorliegenden Planung ein Sektor vorgesehen werde, auf dem die Kinder sicher vom Zebrastreifen in der Wittumstraße zum Schulhof der Wittumschule gelangen könnten. Von der Verwaltung wolle sie wissen, ob dieser Sektor genügend abgesichert sei, damit er nicht von Fahrzeugen befahren werden könne.

Außerdem ist es GRin Bäuchle wichtig, dass der Parkplatz östlich des Altbaus der Wittumschule nicht durch sogenannte Elterntaxis befahren wird. Sie stellt deshalb die Frage, ob es nicht möglich sei, nördlich des Altbaus eine Parkspur für Eltern einzurichten, die ihre Kinder in die Schule bringen bzw. von dort abholen.

Letzteres lehnt BM Hetzinger mit dem Hinweis ab, dass der verkehrsberuhigte Sektor für die Schulkinder dann wieder durch einen abfahren der Eltern tangiert werden könnte.

Herr Baumeister antwortet auf die Frage von GRin Bäuchle, dass der Fußgängersektor von der Fahrspur deutlich abgegrenzt werde und dies mit Bänken und einer entsprechenden Pflasterung signalisiert werde.

GRin Jud meint zu der Planung, dass für deren Umsetzung in den Sommerferien ein sportlicher Zeitplan erforderlich sei.

Zu den bisherigen Diskussionspunkten meint sie, für die FW Fraktion käme eine Installation von Schranken aufgrund der hohen Kosten nicht infrage. Sie meint, dass die Anzahl der Lehrerparkplätze, die rund um die Wittumschule angeboten werden ausreichend sei, auch wenn der Lehrkörper der Schule auf 70 Lehrkräfte angewachsen sei. Für sie sei es absolut zumutbar, dass auch die Parkplätze bei der Wittumhalle genutzt werden können.

Zu vorliegenden Planung regt sie an, aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit, möglicherweise auf den ersten Stellplatz entlang der Wittumstraße im östlichen Parkplatzbereich zu verzichten. Sie bittet dies zu untersuchen.

Wie schon ihre Vorrednerinnen ist auch GRin Jud der Ansicht, dass man im Hinblick auf einen sicheren Schulweg für die Kinder auf das Einfahren in den Parkbereich östlich Altbaus durch bringende oder abholende Eltern verzichten sollte.

## **Niederschrift über die Verhandlungen Sitzung des Gemeinderats in öffentlicher Sitzung am 21.02.2017**

Vorsitzender: Bürgermeister Jörg Hetzinger  
Schriftführer: Achim Grockenberger/ri

---

GR Krötz stellt für die SPD-Fraktion fest, dass auch diese die Installation von Schranken aus Kostengründen ablehne. Er bittet darum, die von Herrn Baumeister angesprochenen Bänke nochmals mit der Schulleitung zu besprechen, weil diese wohl befürchte, dass durch diese Bänke Schülerinnen und Schüler zum Verlassen des Schulhofes animiert werden könnten. Möglicherweise müsse man hier nach anderen Möglichkeiten für eine sichere Abgrenzung suchen, zum Beispiel Poller.

GR Heinrich stellt fest, die Sicherheit der Kinder genieße höchste Priorität. Deswegen sei auch er dafür, die Zufahrt zu den Parkplätzen im Schulgelände für Eltern zu verbieten.

GRin Burkhard meint, die Wendemöglichkeit auf dem östlichen Parkplatz sei zwar gut gemeint, würde aber ihrer Ansicht nach in der Realität nicht funktionieren, weil durch das Wenden erst recht ein Verkehrschaos in dem relativ dünnen Schlauch entstehe. Auch sie sei deshalb der Ansicht, dass man Elterntaxis nach Möglichkeit nach außerhalb des Schulgeländes verbannen sollte.

GR Nagel meint, dass alle Parkplätze auf dem Schulgelände als Lehrer Parkplätze ausgewiesen werden sollten. Wie schon die anderen Fraktionen vor ihm stellt auch GR Nagel fest, dass die Fraktion der Grünen die Installation von Schranken, insbesondere wegen der hohen Kosten, ablehne.

Die große Anzahl von Wortmeldungen am heutigen Abend und schon in den vorangegangenen Diskussionen lasse ihn zu dem Entschluss kommen, dass man noch mal über die Planung nachdenken müsse. Vielleicht sei es der richtige Weg, die vorgeschlagene Lösung zunächst einmal nur Testweise einzuführen, bevor mit relativ hohen Investitionen Pflöcke eingeschlagen werden, die man später nicht mehr ändern könne. Er schlägt deshalb vor, die Planung für ein Jahr provisorisch zu markieren um dann nochmals über die gemachten Erfahrungen zu sprechen.

GR Krötz glaubt, dass das vorliegende Konzept nicht funktionieren werde, weil sich die Eltern nicht an die Vorschriften halten würden. Er bringt nochmals die Idee ins Spiel, nördlich des Altbaus eine Parkspur für Eltern einzurichten.

Herr Baumeister erklärt daraufhin am Plan nochmals, warum dies nicht funktioniere.

Außerdem macht er deutlich, dass im Falle einer Akzeptanz von GR Nagels Vorschlag die Kosten relativ gering seien. Er geht dabei von etwa 5000 € aus. Die Abgrenzung gegenüber dem Fußgängersektor müsste in diesem Fall mit Pollern und einer Kette erfolgen.

BM Hetzinger könne sich eigenem bekunden zufolge auch mit einer solchen Lösung anfreunden. Zunächst müsse jedoch geprüft werden, ob diese technisch machbar sei.

GRin Bührlé erinnert sich daran, dass an der Atriumsschule auch alle an die Schule angrenzenden Stellplätze als Lehrer Parkplätze ausgewiesen worden seien und damals den Eltern schriftlich mitgeteilt wurde, dass diese nicht mehr für abholende bzw.

## **Niederschrift über die Verhandlungen Sitzung des Gemeinderats in öffentlicher Sitzung am 21.02.2017**

Vorsitzender: Bürgermeister Jörg Hetzinger  
Schriftführer: Achim Grockenberger/ri

---

bringende Elternfahrzeuge genutzt werden könnten. Möglicherweise sollte man deshalb einmal die Erfahrungen der Atriumsschule abfragen.

Während GRin Burkhardt sich prinzipiell dagegen ausspricht, dass Eltern auf das Schulgelände einfahren dürfen, macht BM Hetzinger den Vorschlag, die an der Nordseite des Altbaus projektierten Stellplätze als Elternparkplätze auszuweisen.

GRin Bäuchle meint, wenn man unbedingt diese Elternparkplätze wolle, wäre es ihrer Ansicht nach besser, diese im nordwestlichen Bereich des Schulgeländes entlang der Wittumstraße auszuweisen.

GR Heinrich ergänzt den Vorschlag von GRin Bäuchle mit dem Hinweis, dass dann diese Parkplätze unbedingt als Kurzzeitparkplätze ausgewiesen und beschildert werden müssten.

BM Hetzinger fasst daraufhin die in der Diskussion aufgegriffenen Vorschläge zusammen, die sich in nachfolgendem Beschluss widerspiegeln.

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt die in den Anlagen 1 und 2 zur Sitzungsvorlage dargestellte Neuanlegung der Parkplätze und Freiflächen im Umfeld der Wittumschule mit folgenden Änderungen:

1. Der östliche Teil des Parkplatzes wird ausschließlich dem Lehrpersonal und den Erzieherinnen der Wittumschule bzw. des Kindergartens „Kinderschule“ vorbehalten. Sogenannten „Elterntaxis“ soll die Zufahrt auf das Schulgelände durch entsprechende Beschilderung und Kontrollen verwehrt werden.
2. Im nordwestlichen Bereich sollen parallel zur Wittumstraße drei Parkplätze angelegt und beschildert werden, die zum Bringen und Abholen von Schul- und Kindergartenkindern mit dem Auto gedacht sind.

Die Neuregelung der Parkierung soll zunächst nur provisorisch für ein Jahr angelegt werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

bei 1 Enthaltung (GR Wiedmaier)

## **Niederschrift über die Verhandlungen Sitzung des Gemeinderats in öffentlicher Sitzung am 21.02.2017**

Vorsitzender: Bürgermeister Jörg Hetzinger  
Schriftführer: Achim Grockenberger/ri

---

### **Tagesordnungspunkt 4 Angelegenheiten des Gemeindeverwaltungsverbandes Plüderhausen - Urbach - Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2017 - Entscheidung**

Dem Gemeinderat liegt hierzu die Sitzungsvorlage 16/2017 vor sowie die GVV-Vorlage 1/2017. Außerdem liegt dem Gemeinderat als Tischvorlage der Entwurf für den Haushaltsplan des GVV für 2017 vor. Alle sind Bestandteil dieser Niederschrift.

Verbandsrechner Markus Schwarz erläutert dem Gemeinderat die wesentlichen Eckpunkte des Haushaltsplans vom Gemeindeverwaltungsverband für 2017.

BM Hetzinger zieht daraufhin das Fazit, dass das Ergebnis des Haushalts o.k. sei. Zwar seien die Rücklagen in den vergangenen Jahren weitgehend aufgebraucht worden. Dafür müsse man auch keine weiteren Schulden mehr aufnehmen. Er gehe davon aus, dass mit Ausnahme der in der mittelfristigen Finanz- und Investitionsplanung dargestellten Maßnahmen keine größeren Investitionen mehr auf die beiden Gemeinden zukämen in nächster Zeit. Dies fragt er sicherheitshalber nochmals Herrn Schaupmeier, den Leiter der Kläranlage, den er an dieser Stelle ebenfalls begrüßt.

Herr Schaupmeier bestätigt, dass, sofern es keine bösen Überraschungen gebe, außer den im Haushalt bzw. der mittelfristigen Bilanz und Investitionsplanung dargestellten Investitionen, keine weiteren größeren Ausgaben zu erwarten seien.

BM Hetzinger bedankt sich anschließend bei Herrn Schaupmeier und seinem Team für die ausgezeichnete Arbeit, die sie der Kläranlage der Gemeinden Plüderhausen und Urbach leisteten.

#### **Beschluss:**

Die Urbacher Vertreter in der Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbandes Plüderhausen-Urbach werden beauftragt, der Haushaltssatzung samt Haushaltsplan für das Jahr 2017 mit Stellenplan und mittelfristiger Finanzplanung samt Investitionsprogramm 2016 bis 2020 in der Fassung des Entwurfs vom 08.02.2017 zuzustimmen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

## **Niederschrift über die Verhandlungen Sitzung des Gemeinderats in öffentlicher Sitzung am 21.02.2017**

Vorsitzender: Bürgermeister Jörg Hetzinger  
Schriftführer: Achim Grockenberger/ri

---

### **Tagesordnungspunkt 5.1 Verschiedenes Abbruch "Hirsch"-Areal an der Hauptstraße -**

BM Hetzinger gibt bekannt, dass die Gemeinde inzwischen die Abbruchgenehmigung für das vorher denkmalgeschützte Gebäude des Gasthauses „Hirsch“ an der Hauptstraße erhalten habe. Es sei vorgesehen, die Abbrucharbeiten auszuschreiben und den „Hirsch“ samt angrenzender Gebäude im Herbst dieses Jahres abzurechen. Parallel dazu wolle sich die Verwaltung um einen geeigneten Investor bemühen, der die Baulücke dann wieder schließen soll.

Der Gemeinderat nimmt dies zustimmend zur Kenntnis.

**Niederschrift über die Verhandlungen Sitzung des Gemeinderats  
in öffentlicher Sitzung am 21.02.2017**

Vorsitzender: Bürgermeister Jörg Hetzinger  
Schriftführer: Achim Grockenberger/ri

---

**Tagesordnungspunkt 5.2**

**Verschiedenes**

**Hinweis auf richtiges Verhalten von Hundebesitzern -**

Einige Vorfälle mit Hunden in den letzten Wochen, die in der Gemeinde und auch den sozialen Netzwerken die Runde machten, veranlassen GRin Jud, die Verwaltung zu bitten, wieder einmal die Hundebesitzer in Urbach im Mitteilungsblatt über Regeln und richtige Verhaltensweisen im Umgang und der Haltung von Hunden aufzuklären.

BM Hetzinger sagt zu, dass man dies tun werde.